

Wissenschaftler mögen darüber streiten, wie groß die Zahl der Opfer sein muss, um von einem Konflikt zu sprechen – in einer Sache sind sie sich einig: Die Welt wird wieder kriegerischer. 2006 verzeichnete das renommierte Uppsala Data Program (UCDP) 33 staatliche Konflikte. Zehn Jahre später waren es schon 50. Im selben Zeitraum verdoppelte sich die Zahl nichtstaatlicher Auseinandersetzungen von 29 auf 60. Zu etwas anderen Zahlen kommt die Hamburger Arbeitsgemeinschaft für Kriegsursachenforschung (Grafik unten). Doch die Tendenz ist die gleiche. Immer mehr Menschen sterben durch kriegerische Konflikte. Nicht erfasst sind Hunderttausende Verletzte, Millionen Flüchtlinge sowie materielle und seelische Schäden, die sich in keiner Währung der Welt beziffern lassen. Wenig verwunderlich lassen die Europäer meist den Blick gen Südosten schweifen, sobald sie über Kriege und Konflikte sprechen. In Afrika mögen südlich der Sahara Kriege toben. Die Entspannungssignale aus Pjöngjang und Washington können jederzeit wieder in verbales Säbelraseln umschlagen. Russland mag den Krieg in der Ostukraine befeuern und immer wieder dem Westen drohen – sichtbar und spürbar werden die Folgen für die Europäer in erster Linie durch Menschen aus dem Pulverfass, das sich von der syrischen Levante bis an den Hindukusch erstreckt. Ein gewaltiges Knäuel aus Bürgerkriegen. Befeuert von ausländischen Akteuren. Am Laufen gehalten von Despoten und Kriegsfürsten. Ausgenutzt von Terrorgruppen wie dem „Islamischen Staat“ (IS), deren Anhänger auch in Europa zuschlagen.

**Syrien** Dabei steht kein Land so sehr im Zentrum der Aufmerksamkeit wie Syrien. Innerhalb der vergangenen sieben Jahre haben sich immer neue Akteure in den Bürgerkrieg eingemischt. Vier der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats greifen militärisch ein. Dazu: Sämtliche bedeutenden Regionalmächte. Nach dem vorläufigen Sieg über den IS ordnen die großen Allianzen ihre Karten neu. Das gilt umso mehr, als Amerikas Präsident



Auf der Flucht aus dem syrischen Ost-Ghouta: Im März hatten Assad-Truppen die Enklave erobert.

© picture-alliance/AA

# Langer Atem

**KRIEGERISCHE WELT** Ob Syrien oder Afghanistan: Der Westen muss mit viel Geduld das Allerschlimmste verhindern

vergangene Woche in einer Rede überraschend einstreute, dass er die Streitkräfte der USA komplett aus Syrien zurückziehen will. Die erst drei Monate alte Strategie, nach der die USA in Syrien bleiben, um die nationale Sicherheit zu schützen und ein Wiedererstarken des IS zu verhindern, steht damit zur Disposition. Bislang sind rund 2.000 US-Soldaten im kurdisch dominierten Norden stationiert. Die Türkei und die mit ihnen verbündeten sunnitischen Milizen haben bereits in den vergangenen Wochen den Kanton Afrin militärisch unter ihre Kontrolle gebracht. Doch Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan will noch mehr. Seine Truppen dürf-

ten spätestens nach dem Abzug Amerikas versuchen, weitere Gebiete im Norden den dortigen kurdischen Milizen zu entreißen. Hunger auf diesen Streifen Land haben aber auch die syrischen Truppen von Präsident Baschar al Assad. Ihre brutale Eroberung von Ost-Ghouta kündigt davon, dass Assad mit maßgeblicher Hilfe russischer Streitkräfte, iranischer Militärberater und Kämpfer der libanesischen Hisbollah sich anschickt, sein Herrschaftsgebiet in Syrien wieder zurückzuerobern. Iran selbst will mit dem alawitischen Machthaber seinen Traum einer schiitisch dominierten Achse von Teheran bis ans Mittelmeer verwirklichen. Zwischen der syrischen Assad-

Allianz und der Türkei droht ein Kampf um die kurdischen Gebiete im Norden auszubrechen. Wie dieser Schlagabtausch ausgehen würde, ist offen. Sicher scheint nur eines: Die Kurden wären der große Verlierer. Der Krieg gegen den IS, der zeitweise auch ein Drittel des Landes beherrschte, hat große Gebiete des Zweistromlands in Schutt und Asche gelegt. Nach seiner Zerschlagung rücken die ethnische Konflikte zwischen Kurden, arabischen Sunniten und Schiiten mit aller Kraft wieder in den Vordergrund. Auch hier ist der Hunger der regionalen Anrainer auf Macht und Einfluss groß.

**Irak** Im Nordirak weht die türkische Flagge. Präsident Erdogan will auch dort die Kurden in ihre Schranken weisen, die noch 2017 für eine Loslösung vom Irak gestimmt hatten. Der Irak selbst hat bereits seine Armee mobilisiert. Iran sucht indes, die schiitische Bevölkerungsmehrheit im Irak auf seine Seite zu ziehen. Die mit der Zentralregierung in Bagdad verbündeten schiitischen Milizen stehen unter direkter Kontrolle Teherans, zudem sind zahlreiche Militärberater im Land. Auch iranische Militäreinheiten selbst greifen mitunter im Irak ein, etwa beim Vormarsch der irakischen Armee gegen kurdische Peshmerga im Herbst vergangenen Jahres, die zuvor noch auf Seiten Bagdads gegen den IS gekämpft hatten. Seit der amerikanischen geführten Invasion 2003, die das Ende der Diktatur Saddam Husseins herbeiführte, war ein immer wieder aufflammender Bürgerkrieg zwischen Sunniten und Schiiten ausgebrochen. Die Benachteiligung der unter Hussein privilegierten arabisch-sunnitischen Iraker war ein wesentlicher Grund dafür, warum der IS sich so weite Teile des Irak bis 2014 aneignen konnte. Sollte der Reformkurs von Präsident Abadi nicht schnell genug vorankommen, drohen im Irak neue Aufstände, vielleicht sogar ein neuer Bürgerkrieg.

**Afghanistan** In Afghanistan bedrohen derzeit 16 Jahre nach ihrem Sturz die Taliban wieder zwei Drittel des Landes. Die Sicherheitslage im Land verschlechtert sich zusehends. Effektive zivile Hilfe ist kaum noch möglich. Der schnelle Abzug der Nato-Kampfruppen Ende 2014 hat ein Sicherheitsvakuum hinterlassen. Die afghanischen Sicherheitskräfte stehen unter starkem Druck. Nun intensiviert US-Präsident Trump Amerikas Anstrengungen wieder. Freilich können ein paar Tausend Soldaten nicht mehr tun, als den Vormarsch der Taliban (und zunehmend auch des IS) in Grenzen zu halten. Doch das bleibt eine Sisyphe-Aufgabe. Und es gibt keine Schraube zu drehen, durch die sich der Konflikt einfach gewinnen ließe. Pakistan bietet den Taliban ebenso wie anderen dschihadistischen Gruppen Unterschlupf. Hinzu kommen Iran und Russland, die sich auch zunehmend in das innerafghanische Gefüge einzumischen beginnen. Der afghanische Präsident Achraf Ghani machte den Taliban Anfang März ein Friedensangebot. Doch darauf haben die Dschihadisten bislang nicht reagiert. Die Ziele des deutschen Engagements sind inzwischen weit hinter die Träume der Vergangenheit gefallen. Im reichlich verspätete-

ten Afghanistan-Bericht der Bundesregierung wird nicht mehr von „Fortschritten“ berichtet. Stattdessen geht es um „die Reduzierung des Gewaltniveaus“ und die „Minimierung der terroristischen Bedrohung.“ Neben den Taliban finden sich immer noch zahllose Warlords im Land, auch in der Regierung. Würden die Taliban eines Tages besiegt, würde Afghanistan ähnliches drohen wie Syrien und Irak. Ein Rückfall in einen neuen Bürgerkrieg.

**Illusion von Demokratie** Mögen all diese Konflikte weit von dem entfernt sein, was im Kalten Krieg als Norm erschien – um „neue Kriege“ handelt es sich nicht. Im Gegenteil sind dauerschwellende Konflikte, mit einer bunten Mischung aus staatlichen Heeren, Söldnern und Milizen den größten Teil der Geschichte die Regel gewesen. Selbst die Asymmetrie kann in vielen Fällen in Zweifel gezogen werden. In Syrien und im Irak geht es über weite Strecken ziemlich symmetrisch zu, was die Kräfteverhältnisse angeht. Selbst in Afghanistan herrscht ein strategisches Patt. Auch wenn die zu Verfügung stehenden Waffen und Taktiken mitunter deutlich voneinander abweichen mögen, selbst eine Terrormiliz wie der IS funktioniert in den genannten Ländern nicht anders. Dass diese Milizen häufiger zu Selbstmordanschlägen greifen, mag westliche Beobachter zu Recht schockieren. Doch unterscheidet sich ihr Vorgehen gegenüber dem waghalsiger Vorstöße regulärer Truppen in konventionellen Kriegen mitunter nur graduell. Neu ist allein die Bereitschaft von Terroristen, zahlreiche unschuldige Zivilisten durch Himmelfahrtskommandos in den Tod zu reißen. Ob in Bagdad oder in Berlin.

Ein Ende der Gewaltspiralen in diesen Konflikten ist – so brutal das klingt – nur auf zwei Weisen denkbar. Entweder durch den Sieg einer Partei oder durch Ermattung aller Kriegsparteien. Letzteres erinnert an das Ende des 30-jährigen Krieges in Europa. Wertet man den Ausbruch der arabischen Massenproteste, des sogenannten „arabischen Frühlings“, Ende 2010 als Ausgangspunkt des jetzigen Großkonflikts, besteht wenig Grund zur Hoffnung. Dann hat der Nahe Osten noch viele blutige Jahrzehnte vor sich. Der Westen ist mit seiner Illusion einer Demokratisierung solcher Staaten gescheitert. Er kann in dieser Phase nur eines tun: Mit langem Atem zu versuchen, das Allerschlimmste zu verhindern. Zivill und militärisch.

Der Autor ist Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

## Kriegerische Konflikte im Jahr 2017

Die Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung verzeichnete im Vorjahr 27 Kriege und 4 bewaffnete Konflikte in folgenden Ländern:

- Krieg
- bewaffneter Konflikt

### Vorderer und Mittlerer Orient

- 3 Afghanistan
- 4 Ägypten
- 5 Algerien
- 6 Armenien/Aserbeidschan
- 7 Irak
- 8 Jemen (Al-Qaida)
- 9 Jemen (Huthi)
- 10 Libyen
- 11 Russland (Nordkaukasus)
- 12 Syrien
- 13 Tunesien
- 14 Türkei (Kurden)

### Asien

- 24 Indien (Kaschmir)
- 25 Indien (Naxaliten)
- 26 Myanmar (Kachin u.a.)
- 27 Myanmar (Rohingya)
- 28 Pakistan (Taliban)
- 29 Philippinen (Mindanao)
- 30 Philippinen (NPA)
- 31 Thailand (Südthailand)

### Europa

- 2 Ukraine

### Süd-/Mittelamerika

- 1 Kolumbien

### Afrika (ohne Mittelmeeranrainer)

- 15 Dem. Republik Kongo (Kasai)
- 16 Dem. Republik Kongo (Ostkongo)
- 17 Mali
- 18 Nigeria (Boko Haram)
- 19 Somalia
- 20 Sudan (Darfur)
- 21 Sudan (Südkordofan und Blauer Nil)
- 22 Südsudan
- 23 Zentralafrikanische Republik

## KRISENGEBIETE (AUSWAHL)

### Jemen

Von Iran unterstützte Huthi-Rebellen hatten die jemenitische Hauptstadt Sanaa 2014 erobert und Anfang 2015 den von Saudi-Arabien unterstützten Präsidenten Abd Rabbuh Mansur Hadi gestürzt. Vor drei Jahren griff dann die von Riad angeführte Militärkoalition in den Konflikt ein. Seit Beginn der Intervention wurden rund 10.000 Menschen getötet. In dem bitterarmen Land auf der arabischen Halbinsel sind 22 der etwa 27 Millionen Einwohner auf Hilfe angewiesen. Ende 2017 waren rund 900.000 Menschen an Cholera erkrankt. UN-Generalsekretär António Guterres bezeichnete den Konflikt als die „weltweit schlimmste humanitäre Krise“.

### Libyen

Mehr als sechs Jahre nach dem Zusammenbruch des Gaddafi-Regimes hat sich in Libyen ein komplexes Geflecht aus lokalen Konflikten, transnationalen kriminellen Netzwerken und den Interventionen externer Mächte entwickelt. Tausende Migranten durchqueren das Land auf dem Weg nach Europa, obwohl sie der Willkür lokaler Milizen und krimineller Banden ausgesetzt sind. Regionalmächte, wie Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate, fliegen Luftangriffe, die lokale Milizen und Zivilisten treffen. Der „Islamische Staat“ (IS) hat nach seiner Expansion im libyschen Chaos seit 2016 jegliches Territorium verloren; in entlegenen Regionen treiben kleinere IS-Gruppen aber weiter ihr Unwesen.

### Sudan/Darfur

Hinter der Autonomieforderung für Darfur steht ein Zentrum-Peripherie-Konflikt zwischen der Zentralregierung in Khartoum und dem politisch und wirtschaftlich marginalisierten Westen des Landes. Seit Darfur Anfang der 2000er Jahre vom Friedensprozess zwischen Nord- und Südsudan und der Neuverteilung von Macht und Ressourcen ausgeschlossen blieb, kämpfen darfurische Rebellen gegen die sudanesischen Zentralregierung. Nachdem mehrere Friedensabkommen und internationale Friedensmissionen den Krieg nicht eindämmen konnten, gerät er langsam in Vergessenheit und das internationale Engagement in eine Sinnkrise. Die Situation vor Ort ist so dramatisch wie lange nicht.